

VOLKSWIRTSCHAFT KOMPAKT

Wirtschaftspolitik, Finanzmärkte, Konjunktur

Herausgeber: Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken · BVR · Volkswirtschaft/Mittelstandspolitik
Verantwortlich: Dr. Andreas Bley · Schellingstraße 4 · 10785 Berlin · Telefon: 030 2021-15 00 · Telefax 030 2021-1904
Internet: <http://www.bvr.de> · E-Mail: volkswirtschaft@bvr.de

Weltspartag 2022: Vorsorgeerschwernis Energiekrise

Der Weltspartag 2022 steht in Europa unter dem Eindruck der Energiekrise und der dadurch steigenden Energiepreise, die die Bedeutung von Ersparnissen zur Bewältigung unerwarteter Belastungen deutlich vor Augen führt. Gleichzeitig belasten jedoch die steigende Inflation und die Verluste an den Aktienmärkten die vorhandenen Ersparnisse. Die Volksbanken und Raiffeisenbanken begleiten den Weltspartag am 28. Oktober im Rahmen der Sparwoche vom 24. bis zum 28. Oktober mit Aktionen und Veranstaltungen rund um das Thema Sparen.

Die Ausgangslage der Sparer ist dabei ambivalent. Einerseits können 43,9 % der Menschen ohne bedeutende Einschränkungen des eigenen Lebensstandards nur maximal 99 Euro pro Monat zurücklegen, während umgekehrt nur 20,7 % der Befragten über 250 Euro pro Monat sparen können. Unter den Menschen mit der geringsten Sparfähigkeit werden sich neben Ruheständlern vor allem diejenigen befinden, die auch nicht über Rücklagen verfügen. Somit besteht hier eine große Verwundbarkeit gegenüber den Mehrkosten der Energiekrise, die ab einer persönlichen Mehrbelastung von über 100 Euro pro Monat in die Mitte der Gesellschaft hineinstrahlen würde und bereits jetzt eine Verringerung der Sparquote bewirken wird.

Andererseits erwies sich die Pandemie als Sparbeschleuniger: Die Bundesbürger konnten ihre mittlere monatliche Ersparnis von 145 Euro im Jahr 2019 auf durchschnittlich 170 Euro Anfang 2022 ausbauen. Erfreulich ist dabei insbesondere der Rückgang der Menschen, die nicht sparen können, von 24 auf 21 % der Befragten. Der Anstieg der durchschnittlichen Ersparnis fiel jedoch bei den einkommensstärkeren Haushalten am deutlichsten aus.



Inhalt

Weltspartag 2022: Vorsorgeerschwernis Energiekrise	2
--	---

Dr. Alex Korff
E-Mail: a.korff@bvr.de

Weltspartag 2022: Vorsorgeerschwernis Energiekrise

In der letzten Oktoberwoche begehen die Volksbanken und Raiffeisenbanken die Sparwoche, die mit dem Weltspartag am 28. Oktober 2022 ihren Höhepunkt erreicht. Der Ursprung des Weltspartages liegt in den Zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts, um den Menschen die Bedeutung des Sparens für den eigenen Wohlstand näher zu bringen. Damals wie heute ging es gleichsam um das Sparen als Vorsorge und das Sparen für Investitionen zur Verbesserung des eigenen Lebens.

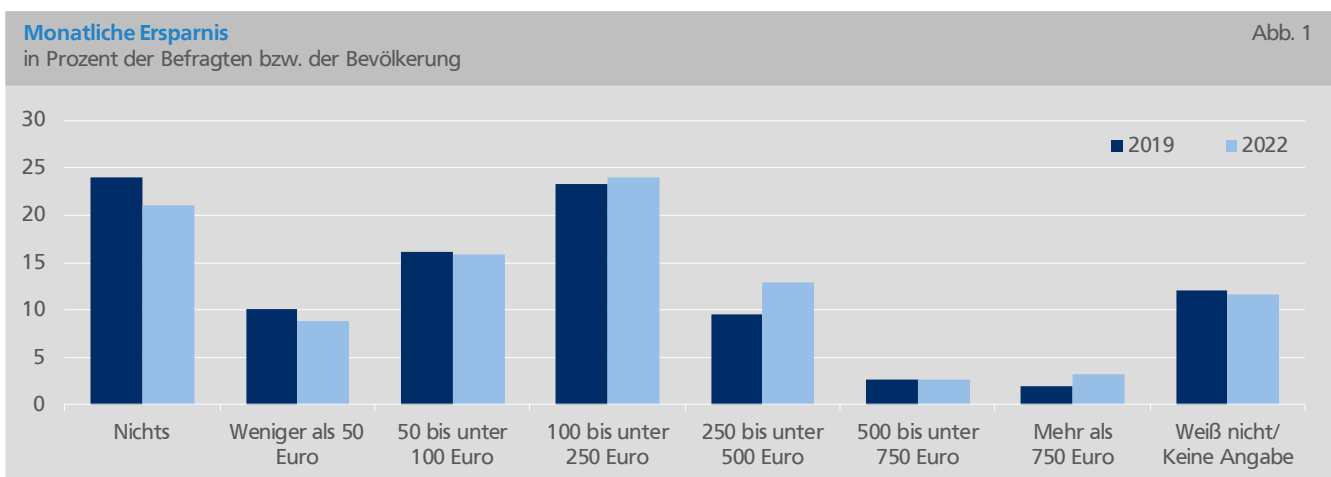
Der erste Spartag in Deutschland fand im Oktober 1925 unter schwierigen Vorzeichen statt. Die Hyperinflation in der Weimarer Republik, ein Produkt eines auf Schulden finanzierten, verlorenen Krieges und der Reparationen auf die Niederlage, hatte die Ersparnisse der Deutschen vernichtet. Sie hatte den Menschen zudem die Lektion beigebracht, verdientes Geld schnellstmöglich auszugeben, bevor es an Wert verliert. Die Rentenmark, die im Oktober 1923 eingeführt worden war, hatte die Hyperinflation allerdings beenden können und so den Grundstein für das Sparen gelegt. Der Wirtschaftsaufschwung Mitte des Jahrzehnts ermöglichte den Menschen die Rücklagenbildung, die dann später nicht zuletzt für das Überstehen der Weltwirtschaftskrise nützlich wurde.

Was damals unter schweren Voraussetzungen galt, ist heute weiterhin korrekt: Sparen zur Vorsorge ist so notwendig wie vernünftig. Ob der Energiekrise durch Russlands Krieg sind die Kosten für die privaten Haus-

halte und die Unternehmen aber stark gestiegen. Weitere Preissteigerungen und eine europaweite Rezession sind für das kommende Jahr zu befürchten. Daher ist ein Rückgang des Sparens zu erwarten, da viele Haushalte nur unter Verzicht den gravierenden Anstieg der Verbraucherpreise bewältigen können. Damit besteht jedoch die Gefahr, dass sich die Vorsorgegücke vieler Haushalte wieder weiter öffnet. Aufgrund der Überalterung Deutschlands ist die private Säule der Altersvorsorge immer wichtiger geworden, da die gesetzliche Rente aufgrund des abnehmenden Verhältnisses von Beitragszahlern zu Rentnern an Leistungsfähigkeit verliert. Zudem sind die großen Anschaffungen der Privathaushalte, insbesondere das Eigenheim oder das (Elektro-)Auto, im Boom der letzten Jahre deutlich teurer geworden. Hinzu kommen nun steigende Lebenshaltungskosten durch die Inflation.

Die positiven Sparfolgen der Coronapandemie

Eine hohe Sparbereitschaft ist dabei weiterhin gegeben: Das Sparen erfreut sich einer anhaltenden Beliebtheit und hatte unter dem Einfluss der Coronapandemie zugenommen. Die Haushalte erreichten in den vergangenen zwei Pandemie Jahren eine stark überdurchschnittliche Sparquote von 16,4 % (2020) und 15,1 % (2021) – gegenüber 10 bis 11 % in den Jahren zuvor. Ursächlich hierfür waren einerseits der erzwungene Konsumverzicht durch die Lockdowns und andererseits die sehr hohen staatlichen Hilfszahlungen, beispielsweise das erweiterte Kurzarbeitergeld, Einmal-



Quellen: Kantar, eigene Berechnungen des BVR

zahlungen und das Ausfallgeld für Selbstständige. Die Privathaushalte stehen im Durchschnitt also mit gestiegenen Rücklagen vor der Energiekrise.

In einer für den BVR vom Forschungsinstitut Kantar Anfang 2022 durchgeführten Studie zum Sparverhalten gaben die Bundesbürger eine mittlere monatliche Ersparnis von 170 Euro an. Vor Corona, Anfang 2019, hatten sie in der Befragung eine Ersparnis von 145 Euro genannt. Dieses Wachstum fällt damit stärker aus als das von Gehältern und Inflation im selben Zeitraum. Die Umfrage wurde jedoch vor dem russischen Einmarsch in der Ukraine durchgeführt und somit auch vor dem durch diesen stark verschärften Inflationsschub.

Eine erfreuliche Ursache für den Anstieg der monatlichen Ersparnis und der Sparziele ist ein Rückgang der Menschen, die nicht sparen, von 24 auf 21 % der Befragten (siehe Abb. 1). Gleichzeitig konnten bereits sparende Mittelschichtsangehörige ihre monatliche Ersparnis ausweiten. Analog zur Sparneigung stieg der Anteil der Menschen, die tatsächlich 100 bis 499 Euro pro Monat zurücklegen, von 32,9 auf 36,9 %. Der Anteil der Sparer im niederen Bereich (unter 100 Euro) war dafür leicht rückläufig, wohingegen auch der Anteil der Sparer im hohen Bereich (ab 500 Euro) leicht von 4,7 auf 5,8 % stieg.

Im Ergebnis sank so der Umfang der Sparlücke – die Differenz zwischen angepeiltem Sparziel und tatsächlich erreichter monatlicher Ersparnis. 2019 lag dieser

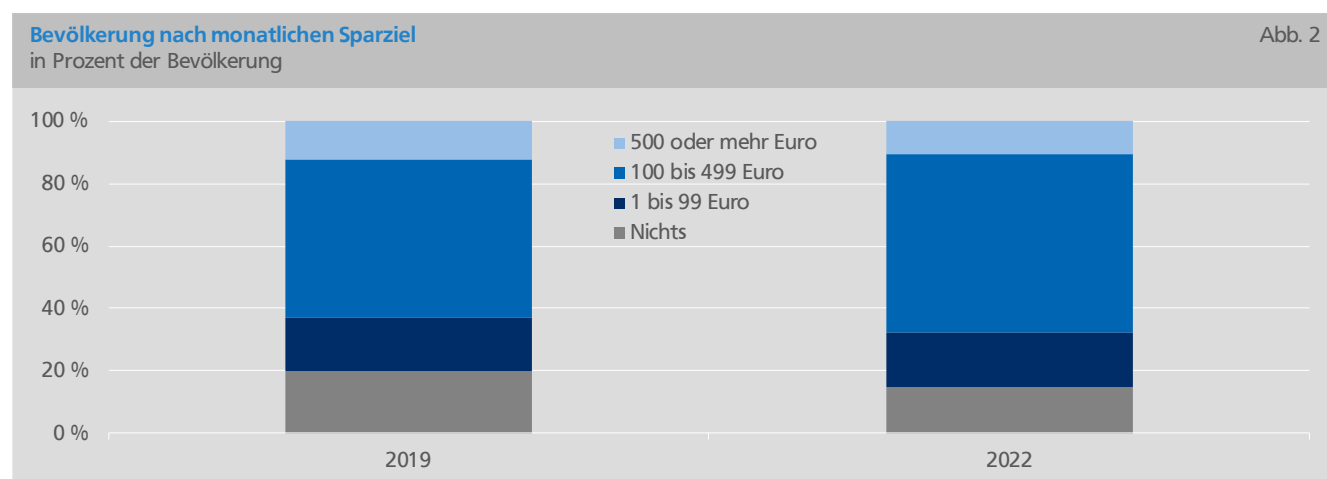
Wert für alle Befragten, inklusive derer, die nichts zurücklegten, bei einer Unterersparnis von 76 Euro, im Frühjahr 2022 waren es 52 Euro. Auch bei Betrachtung der Untergruppe der Sparer bleibt dieses Bild erhalten: Diese legten 2019 ebenfalls 76 Euro zu wenig zurück, Anfang 2022 waren es jedoch nur noch 37 Euro weniger als von ihnen gewünscht.

Rückläufiger Anteil nicht sparwilliger Haushalte

Trotz der starken Ersparnis der vergangenen zwei Jahre ist die Sparneigung, ausgedrückt durch das von den Befragten angegebene Sparziel, intakt. Das monatliche Sparziel, das die Bundesbürger in der Befragung angaben, blieb zwischen 2019 und Anfang 2022 stabil bei 222 Euro, trotz der hohen Ersparnis in der Pandemie.

Demnach sank der Anteil der Menschen, die nicht sparen wollen, von 19,7 im Jahr 2019 auf 14,6 % Anfang 2022 (siehe Abb. 2). Weitgehend stabil blieb die Zahl derer, die wenigstens 1 bis 99 Euro pro Monat zurücklegen wollen – von 17,3 stieg sie auf 17,7 %. Am deutlichsten legte die Mittelschicht des Sparens zu: 57,3 % wollen zwischen 100 und 499 Euro pro Monat zurücklegen – ein Anstieg um 6,6 Prozentpunkte über die Pandemiezeit.

Der Anteil der Menschen mit einem Sparziel jenseits von 500 Euro pro Monat nahm hingegen von 12,2 auf 10,4 % ab. Ursächlich für diesen Rückgang könnte insbesondere beim Personenkreis mit hohen Sparzielen



Quellen: Kantar, eigene Berechnungen des BVR

die Überersparnis der letzten zwei Jahre sein, die nun konsumiert oder investiert werden soll – oder 2021 etwa zum Immobilienkauf bereits investiert wurde.

Deutliche Unterschiede zwischen Haushaltseinkommen

Denn die Sparziele stehen in einem Zusammenhang zum Einkommen: 15,4 % der Menschen mit einem Haushaltsnettoeinkommen von mindestens 3.000 Euro pro Monat – ungefähr das mittlere Einkommen – definieren ein Sparziel von 500 Euro oder mehr. Bei den Menschen mit einem Haushaltsnettoeinkommen unterhalb dieser Schwelle von 3.000 Euro sind es 4,1 %.

Dieser Unterschied setzt sich im tatsächlichen Sparverhalten fort. Mit der Höhe des Einkommens sinkt der Anteil des lebensnotwendigen Konsums und steigt der des diskretionären – z. B. Urlaubsreisen –, der durch den Lockdown besonders eingeschränkt war. Ersparnis und Sparfähigkeit – die aus Sicht der Befragten für sie ohne bedeutende Einschränkungen erreichbare Ersparnis – steigen.

So konnten die Mitglieder einkommensstärkerer Haushalte ihre monatliche Durchschnittersparnis von 2019 bis 2022 um durchschnittlich 21,5 % erhöhen, einkommensschwächere Haushalte hingegen um 12,4 %. Als einkommensstärkere Haushalte gelten hierbei jene, die über mindestens 3.000 Euro monatliches Haushaltseinkommen verfügen, was grob dem mittleren Einkommen entspricht. In Zahlen bedeutet das eine durch-

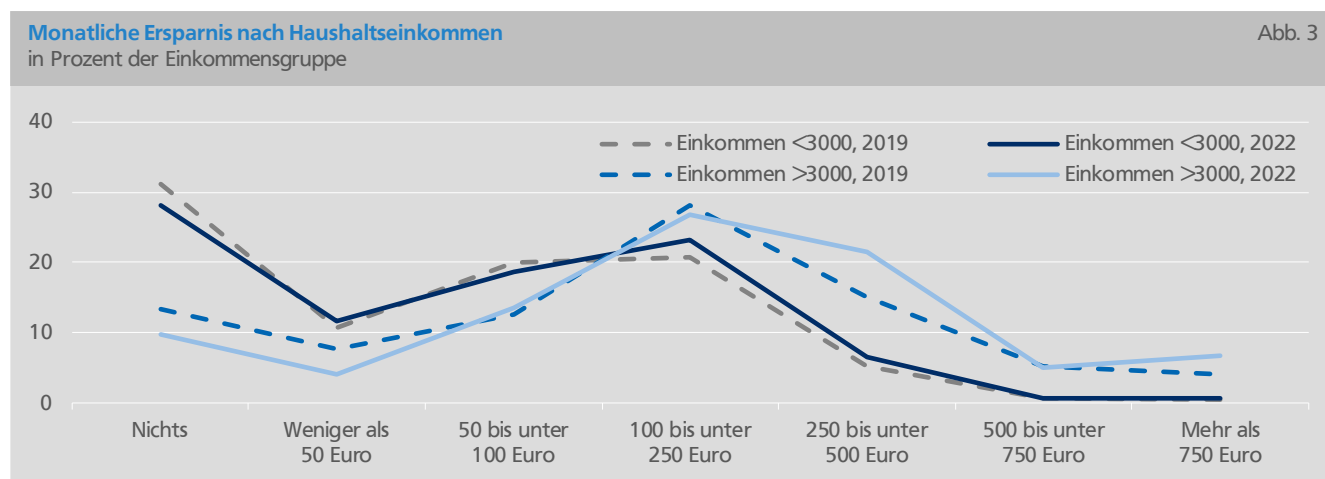
schnittliche monatliche Ersparnis von 105 Euro bei ärmeren und von 263 Euro bei wohlhabenderen Haushalten.

Besonders deutlich ist die Diskrepanz an den Enden der Verteilung. 28,2 % der Befragten in Haushalten mit unter 3.000 Euro monatlichem Einkommen legten 2022 nichts zurück (siehe Abb. 3). Bei den Befragten in Haushalten mit mehr als 3.000 Euro monatlichen Einkommens waren es 9,8 %. Am oberen Ende dreht sich das Bild logischerweise um: 1,3 % der Befragten aus einkommensschwächeren Haushalten legten 500 Euro pro Monat oder mehr zurück. Bei den einkommensstärkeren waren es 11,8 %.

Hier zeigt sich allerdings auch, dass auch Haushalte mit höherem Einkommen gegebenenfalls keine Rücklagen bilden. Selbst 6,8 % der Menschen mit einem persönlichen Monatseinkommen von 4.000 Euro oder mehr bilden nach eigener Aussage keine Ersparnis. Ursächlich dürfte hier nicht etwa fehlende Sparfähigkeit sein, sondern mangelnde Notwendigkeit aufgrund von Einkommen und gegebenenfalls Vermögen.

Sparen und Alter

Eine weitere Determinante des Sparverhaltens ist die Demographie. Im Verlauf des Lebens nehmen Sparziel und -notwendigkeit erst mit Eintritt in das Erwerbsleben zu, bis die großen Investitionen in Karriere, Familie und Eigenheim finanziert worden sind, und nimmt abschließend im Alter wieder ab.



Quellen: Kantar, eigene Berechnungen des BVR

In den Umfrageergebnissen zeigt sich Anfang 2022 ein ähnliches Bild: Das Maximum des Sparziels stellt sich in der Altersgruppe von 30 bis 39 Jahren ein (siehe Abb. 4). Hier stehen Familienplanung und Eigenheim im Fokus. Der mittlere Zielwert für die monatliche Ersparnis beträgt 309 Euro. In der Altersgruppe der 40- bis 49-Jährigen liegt der Wert bei ähnlichen 298 Euro. In beide Richtungen nimmt er ab und erreicht einerseits bei den Jugendlichen (112 Euro) und andererseits bei den 70- und Über-70-Jährigen (126 Euro) seine Minimalwerte.

Jedoch können nur die Älteren ihre Sparziele erreichen. Die 60- bis 69-Jährigen wollen im Schnitt 194 Euro sparen und legen 185 Euro zurück. Bei den Mitgliedern dieser Generation, die sparen, liegt das Ziel im Durchschnitt mit 239 Euro fast exakt auf der monatlichen Ersparnis von 238 Euro. Die mindestens 70-Jährigen hingegen überschreiten ihr Sparziel (126 Euro) im Mittel um 16 Euro. Beide Generationen schätzen ihre Sparfähigkeit circa 25 Euro pro Monat über ihrer tatsächlichen Ersparnis ein. Eine Sparlücke besteht im Durchschnitt der Selbstwahrnehmung der älteren Generation nicht.

Für die jüngere Generation besteht sie dafür umso deutlicher. Bereits die 14- bis 19-Jährigen verorten ihr Sparziel um 86 Euro über ihrer tatsächlichen Ersparnis von 26 Euro – und ihrer Sparfähigkeit von 36 Euro. Diese Sparlücke verringert sich in den nachfolgenden Altersgruppen kaum. Die 20- bis 29-Jährigen legen im

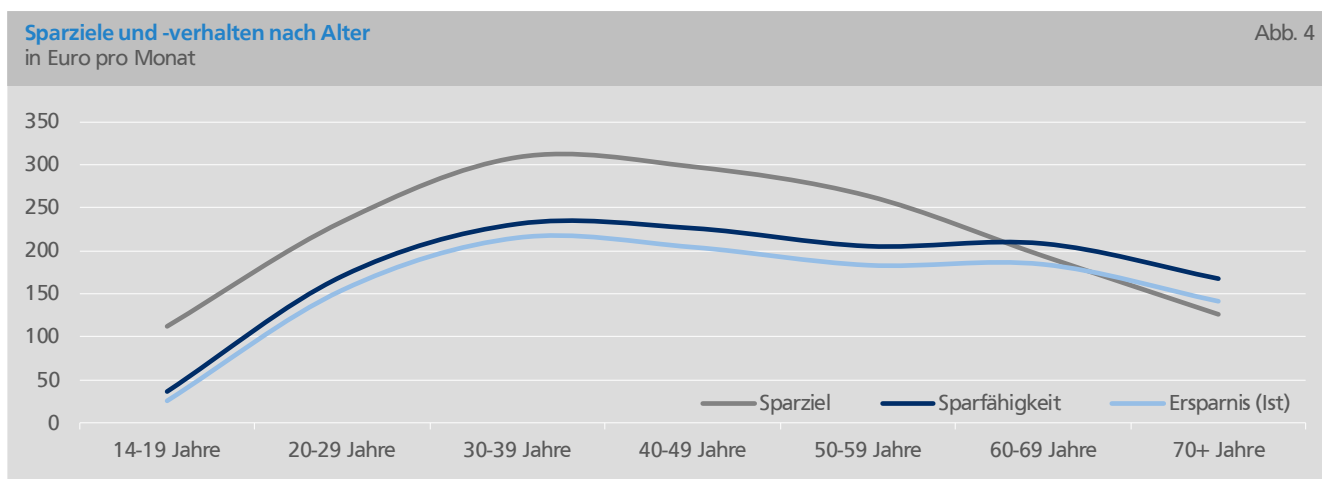
Mittel 79 Euro pro Monat weniger zurück, als sie für nötig halten; die 30- bis 49-Jährigen 93 Euro weniger. Die Altersgruppe der 50- bis 59-Jährigen sieht noch eine Sparlücke von 80 Euro.

Auch mit der angegebenen Sparfähigkeit könnte diese Sparlücken nicht geschlossen werden. Denn sie steigt über die Altersgruppen weit weniger steil an als die Sparzielwerte. Das dürfte einerseits an den erwähnten gestiegenen Kosten für die größeren Sparziele wie das Eigenheim liegen, andererseits aber auch an der ausgeprägten Sparneigung der älteren Jahrgänge durch die Erfahrungen der (Nach-)Kriegszeit.

Sparfähigkeit und Energiekrise

Entscheidender für die Sparfähigkeit bleibt jedoch die Höhe des Einkommens – ob Rente, Lohn oder Selbstständigkeit. Gerade mit Blick auf die Energiekrise und die daraus resultierenden Mehrbelastungen bei Strom und Wärme sowie in Form von Zweitrundeneffekten bei Nahrung und Konsumgütern ist diese Frage relevant: Können die Menschen noch Vorsorge treffen?

In der Gegenwart zeigt sich bisher vor allem die erwartete Normalisierung nach Corona: Die Sparquote erreichte im ersten Halbjahr 2022 mit 12,2 % exakt das Niveau des ersten Halbjahres 2019. Gegenüber den ersten Halbjahren 2020 (18,2 %) und 2021 (19,3 %) ist das ein deutlicher Rückgang. Die Kostensteigerungen im Energiebereich werden die Privathaushalte aber erst in Herbst und Winter voll treffen.



Quellen: Kantar, eigene Berechnungen des BVR

Die Auskunft der Privathaushalte über ihre Sparfähigkeit und ihre Einkommen ermöglicht hier eine Einschätzung. So geben 7,5 % der Menschen in Haushalten mit mindestens 3.000 Euro Nettoeinkommen an, keine Sparfähigkeit zu haben (siehe Abb. 5). Bei Haushalten mit weniger als 3.000 Euro Einkommen sind es 26,2 %. Insgesamt könnten 58,1 % der Menschen in Haushalten mit niedrigeren Einkommen maximal 99 Euro pro Monat zurücklegen – nach eigener Einschätzung und ohne sich bedeutend einschränken zu müssen. Von den Personen in Haushalten mit mindestens 3.000 Euro monatlichen Nettoeinkommens sind es nur 22,3 %, die maximal 99 Euro zurücklegen könnten. Auf die Gesamtbevölkerung gesehen, liegen 43,9 % der Deutschen unter dieser Schwelle.

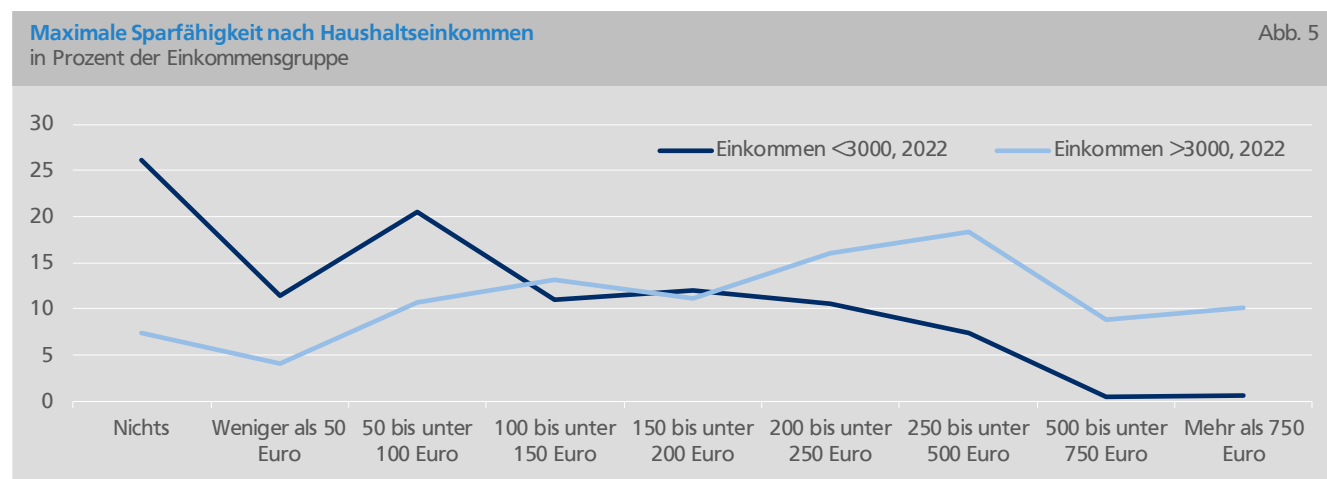
Umgekehrt können 1,2 % der Personen in Haushalten mit niedrigem Einkommen 500 Euro oder mehr zurücklegen. Von den einkommensstärkeren Haushaltsangehörigen sind es 19 %. Eine monatliche Ersparnis von 250 Euro oder mehr könnten bereits 37 % der Angehörigen eines Haushalts mit mehr als 3.000 Euro Einkommen erreichen – und 8,6 % der weniger verdienenden Haushalte. Dass Haushaltseinkommen und Sparvermögen zusammenhängen, ist nicht überraschend, sondern auch logische und erwünschte Folge der Arbeitstätigkeit. Sie bedeutet jedoch eine ungleiche Verwundbarkeit der Haushalte.

Grundsätzlich wird der Kostenschock der Energiekrise voraussichtlich zu einem deutlichen Rückgang der Sparquote in diesem Jahr führen. Angesichts der wei-

terhin sehr hohen Inflation ist eine einstellige Sparquote im Bereich von 9 bis 10 Prozent wahrscheinlich. Das wäre der niedrigste Wert seit 2014.

Allerdings ist die Sparquote in Anbetracht der genannten ungleich größeren Verwundbarkeit geringer Einkommensgruppen nur bedingt aussagekräftig. In ihr werden die hohen Ersparnisse einkommensstarker oder vermögender Personen übergewichtet. Diese Personen werden weiter sparen können, wenngleich weniger als zuvor. Bei geringen Einkommensgruppen hingegen zeigt die geringe Sparfähigkeit, dass wenig von den laufenden Einnahmen verbleibt, um Ersparnis aufzubauen. Das deutet darauf hin, dass keine nennenswerten Rücklagen zur Verfügung stehen. Eine Mehrbelastung von 100 Euro monatlich kann hier deutliche Einschränkungen zur Folge haben. Deshalb sind in diesem Segment schon kleine Sparbeträge von hoher Bedeutung, wie bereits vor hundert Jahren, und etwa in Form kleinschrittiger Sparpläne umsetzbar.

Die Politik sollte diese kleinen Sparer bei ihrer Reform der privaten Altersvorsorge nicht vergessen und die Reform trotz der gegenwärtigen Krisen nicht auf die lange Bank schieben. Insbesondere bei der jetzigen Lage mit hoher Inflation braucht es Anreize, das Sparen zur Vorsorge zu fördern. Denn hohe Inflation bei mit ihr verglichen niedrigen Zinsen bedeuten eine reale Entwertung der Ersparnis und somit eine inflationsfördernde Bevorzugung des heutigen Konsums – wie gegenwärtig auf drastischerem Niveau in der Türkei zu beobachten. ■



Quellen: Kantar, eigene Berechnungen des BVR